

II-258 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

XIII. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 19. Jänner 1972
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. 50.004/3-40/72

81 / A.B.
zu 99 / J.
20. Jan. 1972
Präs. am

Beantwortung

der Anfrage der Abgeordneten Hellwagner und Genossen an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend zahnärztliche Versorgung in Österreich (Nr. 99/J).

In der vorliegenden Anfrage werden an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende Fragen gerichtet:

1. Wie hat sich die Verhältniszahl der Zahnbehandler zur österreichischen Gesamtbevölkerung in den letzten Jahren entwickelt?
2. Wie lautet dieses Verhältnis in den einzelnen Bundesländern?
3. Wieviel grössere Gemeinden und Märkte gibt es bereits, die in den letzten Jahren eine freigegebene Zahnbehandlungspraxis nicht mehr besetzen konnten und daher über keine eigene örtliche zahnärztliche Versorgung mehr verfügen?
4. Da die Bevölkerung an einer ausreichenden zahnärztlichen Versorgung ausserordentlich interessiert ist, wird noch die Frage gestellt, ab welchem Zeitpunkt kann mit einer Mehrzunahme von Zahnbehandlern gegenüber den Abgängen gerechnet werden?

- 2 -

In Beantwortung dieser Anfrage beeohre ich mich,
mitzuteilen:

Zu 1.:

Die Entwicklung der Verhältniszahl der Zahnbehandler
zur österreichischen Gesamtbevölkerung vollzog sich im
Zeitraum 1957 bis 1970 wie folgt:

Am 31. Dezember d.J. entfielen auf 100.000 Einwohner

1957	57
1958	56
1959	57
1960	56,0
1961	55,1
1962	54,4
1963	53,1
1964	51,5
1965	50,3
1966	49,1
1967	47,5
1968	46,5
1969	45,0
1970	43,5

Zahnbeandler.

Zu 2.:

Über dieses Verhältnis in den einzelnen Bundesländern
am 31. Dezember 1970 gibt die beigeschlossene Anlage Aus-
kunft.

Zahnbehandler am 31. Dezember 1970

	Zahnärzte	Auf 100.000 Einwohner	Dentisten	Auf 100.000 Einwohner	Summe	Auf 100.000 Einwohner
Burgenland	16	6,1	47	17,9	63	24,0
Kärnten	90	17,1	111	21,1	201	38,2
Niederösterreich	132	9,8	325	24,0	457	33,8
Oberösterreich	149	12,2	247	20,2	396	32,4
Salzburg	54	13,5	132	32,9	186	46,4
Steiermark	221	18,6	219	18,4	440	37,0
Tirol	125	24,0	108	20,7	233	44,7
Vorarlberg	43	15,4	49	17,5	92	32,9
Wien	565	34,4	584	35,6	1.149	70,0
Österreich	1.395	18,9	1.822	24,6	3.217	43,5

- 3 -

Zu 3.:

Dem Bundesministerium für soziale Verwaltung stehen keine Unterlagen darüber zur Verfügung, wieviel Zahnbehandlungspraxen in den letzten Jahren in größeren Gemeinden nicht mehr besetzt werden konnten.

Zu 4.:

Die Zunahme an Zahnbehandlern hängt im wesentlichen von der Zahl der an der Ausbildung zum Facharzt für Zahnheilkunde Interessierten sowie vom Ausmaß der an den zahnärztlichen Universitätsinstituten zur Verfügung stehenden Ausbildungsmöglichkeiten ab.

Derzeit gibt es vor allem an den zahnärztlichen Universitätsinstituten in Graz und Innsbruck wesentlich mehr Interessenten als Ausbildungsstellen. Die Vergrößerung der zahnärztlichen Universitätsinstitute in Graz und Innsbruck ist für die allernächste Zeit zu erwarten. Das zahnärztliche Universitätsinstitut in Wien hat im Jahre 1969 die Ausbildungsplätze verdoppelt. Nach Abschluß der derzeit durchgeföhrten Adaptierung weiterer Räumlichkeiten ist eine zusätzliche Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze in Kürze zu erwarten. Insgesamt besteht Grund zur Annahme, daß ab den Jahren 1973 mit einem ausreichenden Angebot an Ausbildungsplätzen gerechnet werden kann, sodaß etwa ab den Jahren 1975/1976 eine Mehrzunahme der Zahnbehandler gegenüber den Abgängen zu erwarten ist.

Der Bundesminister:

